

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/110

Bonn, den 12. Juni 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	17. Juni 1963 - 10 Jahre danach ----- Von Willy Brandt Stellvertretender Vorsitzender der SPD	56
2 - 3	Ein Alarmzeichen ----- Rückläufiger Besuch der Gymnasien Von Klaus Helfer	76
4	Ärger mit Wählern (CDU) in Marburg ----- Freiwillige Blockade der christlich-demokratischen Stadtratsfraktion	29
4	In zwei Jahren ----- Brief eines katholischen Geistlichen an Willy Brandt	21
5	Von West und Ost beachtet ----- Anregungen Prof. Baades auf der Welternährungskonferenz der Vereinten Nationen	48
6 - 7	Skandinavien erwartet Chruschtschow ----- Atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa? Von unseren Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Basten	66

Chefredakteur G. Markscheffel

(z.Zt. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

17. Juni 1963 - 10 Jahre danach

Von Willy Brandt, stellvertretender Vorsitzender der SPD

Am 17. Juni 1963 jährt sich zum zehnten Male der Tag, an dem die mitteldeutsche Bevölkerung durch ein spontanes Aufbegehren versuchte, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Aber sie konnte es, wie die Dinge lagen, nicht entscheidend wenden. Der Juni-Aufstand leitete im Ostblock eine Entwicklung ein, die sich - wie die ungarische Oktober-Revolution und die politischen Veränderungen in Polen 1956 zeigten - zwischen revolutionären Erschütterungen und politischen Reformen bewegt. Die Zone ist bis heute der schwächste und rückständigste Außenposten des sowjetischen Einflußgebietes in Europa geblieben.

Der Juni-Aufstand war die offene, die Massenflucht der mitteldeutschen Bevölkerung bis zum 13. August 1961 die stille Revolte der Zonenbevölkerung gegen den kommunistischen Versuch, auf deutschem Boden eine "Volksdemokratie" zu errichten. So wie die Sowjetunion im Juni 1953 ihre Panzer als letztes Mittel einsetzte, um ihre Position in Deutschland zu behaupten, so entschied sie sich im August 1961 für die Mauer, weil sonst ihre Herrschaft über den von ihr okkupierten Teil Deutschlands zusammengebrochen wäre.

Aber ebensowenig wie die Sowjetunion nach dem 17. Juni den militärischen Ausnahmezustand aufrecht erhalten konnte, ebensowenig wird sie in der Lage sein, den durch die Mauer geschaffenen politischen Ausnahmezustand in der Zone auf die Dauer beizubehalten. Die Sowjets werden weiter zur Kenntnis nehmen müssen, daß sie den von ihnen besetzten Teil Deutschlands nicht lebensfähig in ihren Machtblock integrieren können.

Die Deutschen in der Zone sind nicht bereit, sich mit der Diktatur abzufinden; nicht bereit, sich die Sehnsucht nach der gemeinsamen Heimat aus dem Herzen reißen zu lassen.

Die Teilung Deutschlands und die zusätzliche Spaltung der deutschen Hauptstadt bleibt weiterhin solange eine Quelle permanenter Unfriedens, solange die deutsche Frage nicht in Übereinstimmung mit dem Recht auf Selbstbestimmung gelöst wird.

Der Kampf um dieses Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen geht weiter. Wir, die wir im freien Teil Deutschlands leben, werden ihn um der Demokratie willen nie aufgeben. Die Männer und Frauen des Aufstandes vom 17. Juni haben den Zusammenhang von Demokratie und Wiedervereinigung hergestellt, als sie freie Wahlen, den Rücktritt der Zonenregierung und die ökonomische Sicherung für ein menschenwürdiges Leben verlangten. Wer nicht will, daß sich die damalige Alternative wiederholt, der muß bemüht sein, daß die Grundursache dafür, nämlich die deutsche Spaltung durch eine Politik, die zur Wiedervereinigung führt, Schritt um Schritt beseitigt wird.

Die Welt weiß seit dem Juni 1953, daß die sowjetischen Divisionen die deutsche Teilung garantieren. Nur wenn es gelingt, diese Divisionen aus Deutschland zu bringen, bzw. zunächst zur Nichtintervention zu bewegen, wird es zur Wiedervereinigung kommen. Die Voraussetzungen für eine solche Politik sind schwieriger geworden.

Es gilt danach, alle Beteiligten gütlich davon zu überzeugen, daß es nicht nur ein menschliches und nationales, sondern auch ein europäisches und friedensbewahrendes Interesse an der Lösung der deutschen Frage gibt. Die Deutschen selbst werden keine Ruhe geben, solange jeder Vierte von ihnen in einem großen Gefängnis hinter Mauern und Stacheldraht eingesperrt gehalten wird.

Ein Alarmzeichen

Rückläufiger Besuch der Gymnasien Von Klaus Helffer

Ein kürzlich veröffentlichter Bericht des Statistischen Bundesamtes enthält eine alarmierende Tatsache aus dem Bereich unseres weiterführenden Schulwesens: seit dem Geburtsjahrgang 1945 läßt der Anteil der Jugendlichen, die eine höhere Schule besuchen, laufend nach. Dies muß zu einer Senkung der bis jetzt noch ansteigenden Abiturientenquoten spätestens ab 1964 führen, wenn es bei den enormen Zahlen derer bleibt, die bei der gegenwärtigen Struktur unseres höheren Schulwesens nicht bis zum Abitur gelangen, sondern "auf der Strecke" bleiben.

Dies ist bedenklich genug. Im Wettlauf der Nationen um die größere Zahl besser gebildeter Menschen liegt die Bundesrepublik ohnehin hinter allen nach ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage vergleichbaren Ländern. Sollte sich der in den Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes abzeichnende Trend fortsetzen, denn kann mit einiger Bestimmtheit der Zeitpunkt vorhergesehen werden, zu dem wir im Verhältnis zu unseren Nachbarn in West und Ost auf den Status eines unterentwickelten Landes zurückgefallen sein werden.

Engpaß: höhere Bildung

Die moderne Industriegesellschaft benötigt zur Erhaltung und noch mehr zur Weiterentwicklung ihres höchst rationalisierten Sozial- und Produktionsgefüges des immer umfassender gebildeten Menschen. Wirtschaft und Verwaltung planen bewußt von der Voraussetzung eines bestimmten Bildungsniveaus aus, das die Erziehungsinstitutionen in bestimmten Abstufungen schaffen und rechnen fest mit den "Nachwuchsreserven", die die Schulen bereitstellen.

Eine bildungspolitische Konferenz der OECD (Organisation für europäische Zusammenarbeit) hatte im Herbst 1962 unter anderem festgestellt, daß der entscheidende Engpaß für die weitere Hebung des Bildungsstandes der Industrienationen heute im Bereich der weiterführenden Bildung gesehen werden muß. Durch die Ausdehnung der allgemeinen Schulpflicht bis zum 15. und 16. Lebensjahr - um die allerdings bei uns noch immer Nachhutgefechte geführt werden müssen - konnte das der gesamten Bevölkerung vermittelte Grundwissen auf ein beachtliches Niveau gehoben werden. Was die Gesellschaft an darüber hinausgehenden Kenntnissen und Fertigkeiten benötigt, einschließlich der Vorbereitung auf eine wissenschaftliche Bildung und Ausbildung, wird in den Einrichtungen des weiterführenden Schul- und Ausbildungswesens vermittelt, deren Besuch oder Nichtbesuch eine Sache der freien Entscheidung des Einzelnen ist.

Das Problem demokratischer Bildungspolitik

Eine freie politische Ordnung kann Bildung nicht befehlen. Im Gegensatz zu Theorie und Praxis kommunistischer Bildungspolitik - deren unbestreitbaren Erfolge zum Alarmzeichen für die westliche Welt gewor-

den sind - kann sie nicht die Pflicht für jederman postulieren und durchsetzen, sich im Interesse der Gesellschaft zu bilden und bilden zu lassen. Ihre bildungspolitischen Mittel sind auf die Gestaltung eines entsprechenden Angebotes beschränkt. Die Aufgabe demokratischer Bildungspolitik besteht darin, durch ein System breiter Bildungsmöglichkeiten, wirksamer Bildungsanreize und gezielter Bildungshilfen den gleichen oder gar einen besseren Bildungseffekt zu ermöglichen, wie ihn totalitäre Staaten durch ein System des staatlichen Zwangs, des ideologischen Drucks und der behördlichen Lenkung, ganz offensichtlich erreichen. Das bedeutet, daß auch eine freiheitliche Gesellschaft auf eine zielbewußte und langfristig geplante Bildungspolitik, d.h. eine Strategie der Bildungsmöglichkeiten, der Bildungsanreize und Bildungshilfen nicht verzichten kann. Es genügt also nicht mehr, die Einrichtungen des Bildungswesens der vorhandenen Nachfrage anzupassen, vielmehr muß durch die Erweiterung des Angebots zusätzliche Nachfrage erzeugt werden. Daß dies möglich ist, wird durch die unterschiedlichen Abiturientenquoten in den einzelnen Bundesländern belegt.

Gute Beispiele

Das Statistische Bundesamt stellt fest, daß im Jahre 1961 im Durchschnitt des Bundesgebietes 6,1 Prozent der Wohnbevölkerung gleichen Alters des Reifezeugnis erwarben. Über diesem Durchschnitt liegen lediglich Berlin (10,3 Prozent), Hessen (8 Prozent), Bremen (7,8 Prozent) und Niedersachsen (6,5 Prozent) - also durchweg Länder, deren Bildungspolitik von sozialdemokratisch geführten Regierungen verantwortet wird. Da man wohl nicht unterstellen darf, daß die begabteren Teile unseres Volkes in diesen Ländern zuhause sind, bleibt nur der Schluß übrig, daß er hier besser als anderswo gelungen ist, die vorhandenen Begabungsreserven für eine weiterführende Bildung zu gewinnen.

Gemeinschaftsaufgabe Bildung

Die Sozialdemokratische Partei sieht im Ausbau des Bildungswesens die bedeutendste Antriebskraft der sozialen und politischen Entwicklung. Sie wird in diesem Jahr auf einer kulturpolitischen Konferenz in Hamburg ihre Vorstellungen über das in diesem Gebiet Notwendige in aller Öffentlichkeit diskutieren. Ihr Ziel ist es, alle verantwortlichen Kräfte unseres Volkes zur Mitarbeit an einer Gemeinschaftsaufgabe zu gewinnen, von deren Bewältigung unsere soziale, wirtschaftliche und politische Zukunft abhängt.

Ärger mit Wählern (CDU) in Marburg

WJ - Der Eifer, mit dem manche Bonner Christdemokraten mit Steinen auf SPD-Abgeordnete werfen, hat ihre Marburger Parteifreunde nicht ruhen lassen. Befindet sich doch in den Mauern der guten Stadt eine der bevorzugten Zielscheiben: MdB Gerhard Jahn wirkt in Marburg ehrenamtlich als Stadtverordnetenvorsteher.

Dem Vorbild ihres Parteivorsitzenden folgend, dem der Unterschied zwischen staatsanwaltlichen Mutmaßungen und richterlichen Urteilen - wie sich bei der Spiegel-Debatte im Bundestag gezeigt hat - fremd ist, forderten sie, daß Jahn sich der Ausübung seines kommunalen Amtes enthalte. Als dies der Stadtverordnetenvorsteher ablehnte, blieben Marburgs Christdemokraten ostentativ der nächsten Stadtrats-sitzung fern.

Selbstzufrieden erwarteten sie nun für ihre wackere Haltung gebührendes Lob aus Bonn. Jedoch: Der parteioffizielle Pressedienst erwähnte den Marburger Streich nur mit Verspätung und gewiß nicht ohne gemischte Gefühle. Mußte er doch gewärtig sein, daß auch die Fortsetzung der Komödie bekannt und das Verhalten der Marburger CDU als Schildbürgerstreich enthüllt würde. Denn die Mehrheit des Marburger Stadtrates, die keineswegs nur aus der SPD bestand, hielt das Ansinnen der CDU für unvereinbar mit rechtsstaatlichen Grundsätzen, versammelte sich also ungerührt und machte sich an die sachliche kommunalpolitische Arbeit, ohne sich weiter darum zu kümmern, daß sich die CDU-Stadtratsfraktion selbst von der Mitwirkung ausgeschlossen hatte.

Umso mehr sind die CDU-Wähler über die freiwillige Selbstblockade verärgert. Verständlich: Man wählt schließlich Stadtverordnete, damit sie ihr Amt ausüben, nicht aber, damit sie sich aus Parteitaktik in den Schmollwinkel zurückziehen und die von der CDU gestellten Anträge wegen Abwesenheit der Antragsteller vertagt werden müssen.

+ + +

In zwei Jahren

Hier ein Auszug aus einem Brief, den ein katholischer Geistlicher aus Aachen an Willy Brandt schrieb:

"Vor der letzten Bundestagswahl habe ich Ihnen schon einmal geschrieben. Ich glaubte, Ihnen mitteilen zu sollen, daß Ihre Partei, die jetzt auf ihr 60-jähriges Bestehen zurückblicken kann, endlich berufen ist, die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Ich bin dankbar, daß damals die Kanzelakündigung der katholischen Bischöfe in einer Form erfolgte, die nicht notwendig die Schlußfolgerung zuließ, daß für einen Katholiken nur die CDU gewählt werden könne. Wenn auch der SPD noch nicht der letzte Erfolg beschieden war, so haben Sie doch einen solchen Vorsprung bei der Wahl erreicht, daß nunmehr zu erwarten ist, daß die SPD in zwei Jahren die Regierungspartei sein wird. Gott gebe es! Als katholischer Geistlicher beobachte ich mit Genugtuung, wie sehr auch in katholischen Kreisen die CDU an Vertrauen verliert.

Die SPD hat in einer klugen Weise seit einigen Jahren einen Weg beschritten, der von jedem Katholiken bejaht werden kann. Lassen Sie nicht nach, auf dem bisherigen Weg der positiven Berührung mit Vertretern der Kirche voranzuschreiten bis zum errungenen Sieg. Ich versichere Sie meines täglichen Gebetes für Sie und für Berlin. Ich bete um die Aufwärtsentwicklung der SPD, um einen Wahlsieg bei den nächsten Bundestagswahlen."

Von West und Ost beachtet

Anregungen Prof. Baades auf der Welternährungskonferenz
der Vereinten Nationen

kr. - Die Bundesregierung war gut beraten, als sie den emeritierten Professor und Direktor des Instituts für Weltwirtschaft aus Kiel, den SPD-Bundestagsabgeordneten Professor Fritz Baade zum Leiter der deutschen Delegation für den Welternährungskongress in Washington benannte. Die Ausführungen, die Baade inzwischen in Washington gemacht hat, haben bei den Delegationen von West und Ost auch eine erhebliche Beachtung gefunden.

Baade stellte nämlich seine wissenschaftlich fundierte Auffassung unter den Leitgedanken, den Entwicklungsländern müsse so geholfen werden, daß sie sich selbst helfen könnten. Das reduziert sich in der Tatsache, daß man in steigendem Maße Düngemittel statt Lebensmittel in die Entwicklungsländer schicken sollte. Dazu wies Baade darauf hin, daß in Japan mit einem durchschnittlichen Stickstoffverbrauch von hundert Kilo auf dem Hektar Ackerland 4 000 bis 5 000 kg Reis geerntet werden. Demgegenüber seien die Ernten in Indien, Pakistan und der Türkei, wo man nur ein Kilo Kunstdünger verwende, nur bis zu 1 000 Kilogramm groß.

Schon früher hat Baade in Kiel den Hintergrund zu seinen Gedanken im einzelnen dargelegt. Die Menschheit ist nämlich heute in der Lage, mit Hilfe der atmosphärischen Luft in unbegrenztem Umfang Stickstoff zu produzieren. Dabei ist vor allem in Europa und den Vereinigten Staaten neben Japan die Verwendung des Stickstoffs als Düngemittel in sehr schnellem Anstieg begriffen und hat die bekannten hohen Ernten zur Folge.

In vielen Anbaugebieten für Zuckerrüben werden in Westeuropa schon 100 Kilogramm Stickstoff pro Hektar verwendet. Die neuesten Statistiker aus den Niederlanden besagen, daß dort die Weiden mit einer Stickstoffmenge zwischen 130 und 200 Kilogramm pro Hektar gedüngt werden. Der Rinderbestand ist entsprechend hoch.

Wie wichtig die Stickstofflieferungen oder der Bau von entsprechenden Fabriken in den Entwicklungsländern sind, geht aus den Zahlen für einige Staaten in Europa hervor. In der Bundesrepublik werden durchschnittlich weit über Fünfzig Kilogramm, in Holland annähernd 100 Kilogramm und in Belgien rund 60 Kilogramm Reinstickstoff pro landwirtschaftlicher Hektareinheit verwendet. Diese Stickstoffverwendung und auch die allgemeine Anwendung von Handelsdüngern erfolgt bisher in der Welt nur im Osten der Vereinigten Staaten, in Nordwest-Europa und in Japan.

Nach den Berechnungen wurden im Landwirtschaftsjahr 1953/54 in der Welt sechs Millionen Tonnen Stickstoff, acht Millionen Tonnen Phosphorsäure und sechs Millionen Tonnen Kali verwendet. Der Verbrauch ist zwar inzwischen angestiegen. Zur Beseitigung des Hungers in der Welt aber hält Baade einen Sollverbrauch der Landwirtschaft von 60 Millionen Tonnen Stickstoff, 50 Millionen Tonnen Phosphorsäure und 60 Millionen Tonnen Kali für notwendig. Das sind die Perspektiven, die er auf dem Welternährungskongress als beste Hilfe zur Beseitigung des Hungers in den Entwicklungsländern aufgezeigt hat.

Skandinavien erwartet Chruschtschow

Atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa?

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Raster

Wenn Nikita Chruschtschow voraussichtlich im September oder Oktober den drei skandinavischen Ländern einen Besuch abstatten wird, kann er sich selbst dafür bedanken, daß dieser Besuch nicht schon vor vier Jahren stattgefunden hat. Im Mai 1959 haben die Regierungen in Kopenhagen, Oslo und Stockholm die offizielle Einladung an Chruschtschow gerichtet, aber kurz vor dem Besuch im August desselben Jahres hat Chruschtschow in einem politischen Wutanfall sich selbst wieder "ausgeladen". Als Grund gab er an, es sei unvereinbar mit seiner Würde, Länder zu besuchen, in denen sich große Teile der Bevölkerung an einer Stimmungshetze gegen ihn und der Sowjetunion beteiligen. Besonders haben damals einige Politiker und Zeitungen der bürgerlichen Oppositionsparteien in Schweden das zwischen den drei Regierungen vereinbarte Chruschtschow-Arrangement scharf kritisiert. Man stand immer noch unter dem Eindruck der Ereignisse in Ungarn und der Hinrichtungen Imre Nagys und General Pal Malotes.

Inzwischen hat sich das Klima zwischen Moskau und Kopenhagen-Oslo-Stockholm verbessert. Zwar hat man hier nicht die von Moskau selbst erzeugte "Notenkrise" vom Jahre 1961 und 1962 vergessen, aber seit der Wiederwahl Urho Kekkonens zum finnischen Staatspräsidenten vor fast anderthalb Jahren ist der Ton Moskaus gegenüber Skandinavien freundlicher und gemäßigter geworden, und die skandinavischen Regierungen möchten ihres dazu beitragen, die Beziehungen zu Moskau zu verbessern.

Neulich hatte der schwedische Außenminister Torsten Nilsson bei einem Besuch in Moskau eine ausführliche Unterredung mit Chruschtschow, der bei dieser Gelegenheit seinen Wunsch äußerte, nühmehr doch der vier Jahre alten Einladung Folge zu leisten. Der äußere Anlass zum Chruschtschow-Besuch bildet eine internationale Landwirtschaftsausstellung in Stockholm, für die Chruschtschow sich angeblich stark interessiert. Wenn der dänische Ministerpräsident Jens Otto Krag Mitte Juni zum offiziellen Besuch nach Moskau fährt, wird der Gegenbesuch Chruschtschows in Kopenhagen zur "Parafizierung" stehen, und selbstverständlich hat Oslo sich auch angeschlossen.

Eine Andeutung darüber, was Chruschtschow unter anderem mit seinem Besuch beabsichtigt, ergibt sich aus einer Rede des finnischen Staatspräsidenten, der für die Unterzeichnung eines Paktes über eine atomwaffenfreie Zone im Norden plädierte. Kekkonen erklärte, diese atomwaffenfreie Zone sei schon ein politisches und militärisches Faktum, es fehle aber eine vertragliche Vereinbarung, die die nordischen Länder verpflichtet, unter keinen Umständen die Stationierung von Atomwaffen oder die Vorbereitung der Verwendung von Atomwaffen auf ihren Gebieten zuzulassen. Kekkonen wies auf den Vorschlag des früheren schwedischen Außenminister Östen Undén über einen "Club atomwaffenfreier Staaten" hin, und meinte, das könnte der Ausgangspunkt für einen Pakt zwischen Dänemark, Finnland, Norwegen, Island und Schweden sein.

Der Gedanke liegt nahe, daß Kekkonen hier ein Thema angeschnitten hat, das von Chruschtschow allzu gern aufgenommen wird, wenn er nach Skandinavien kommt -- um so mehr, als ein Pakt über eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa das Pendant zu der von ihm wieder vorgeschlagenen atomwaffenfreien Mittelmeer-Zone darstellen würde.

Eine solche für alle Zeiten verbindliche Verpflichtung wäre für die NATO Länder Dänemark und Norwegen sowohl aus politischen wie auch aus militärischen Gründen eine undurchführbare Angelegenheit, so lange die beiden Großen -- die Sowjetunion und Amerika -- sich nicht über eine Verständigung über Atomstopp und Abrüstung näherkommen. Dänemark und Norwegen haben sich verpflichtet, keine atomaren Waffen auf ihren Gebieten unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu gestatten, was bei den übrigen NATO-Ländern mehr oder weniger wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde.

Wenn es aber Chruschtschow darum geht, sich über den Friedenswillen und der Aufgeschlossenheit für die allgemeine Verbesserung zwischen den Völkern, besonders in Nordeuropa, zu versichern, dann kann seine Reise nach den drei skandinavischen Ländern nützlich sein. Er wird diese Einstellung im reichlichen Masse vorfinden.